

12. III. 1917

### Die Ukrainer beim Ministerpräsidenten.

Gestern erschienen der Obmann der ukrainischen parlamentarischen Vertretung Vizepräsident Romanczuk und die Mitglieder der parlamentarischen Kommission Dr. Petruszewicz und Dr. Eugen Lewickij beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinič, um ihm die wichtigsten Forderungen der ukrainischen Bevölkerung in Galizien zu unterbreiten. Im Zusammenhange damit wurde in erster Linie die rascheste Einberufung des Parlaments argiert, wobei von Seiten der ukrainischen Volksvertreter der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wurde, daß die Schaffung der sogenannten Voraussetzungen zwecks einer ungehörten Tagung des Reichsrates gar nicht erforderlich sei, da mit Rücksicht auf die innere Lage im Staate und den allgemeinen Wunsch der Bevölkerung, daß die parlamentarische Tribüne cheftens wieder eröffnet werde, eine ruhige und ersprießliche Tätigkeit des Abgeordnetenhauses ohnehin gesichert erscheint.

Es wurde ferner die Aenderung auf dem Statthalterposten in Galizien besprochen. Die Parlamentarier sprachen den Wunsch aus, daß durch eine entsprechende Maßnahme dem neuen Statthalter, der zwar auf die ukrainischen parlamentarischen Vertreter einen sympathischen Eindruck gemacht hat, der jedoch mit den besonderen nationalen Verhältnissen des Landes nicht vertraut sein kann, eine zielbewusste, beide Nationalitäten gleichmäßig behandelnde Landesverwaltung erleichtert werde. Der Ministerpräsident gab daraufhin die beruhigende Erklärung ab, daß der neue Statthalter sich selbstverständlich auch den Ukrainern gegenüber die Richtlinien halten werde, daß gegenüber allen Völkern der Monarchie mit der gleichen Gerechtigkeit vorgegangen werden müsse. In bezug auf die zur Erörterung gebrachten Forderungen der Ukrainer versprach der Ministerpräsident eine möglichst rasche Erledigung in allen Fällen, in denen eine solche sich als notwendig ergebe würde, dagegen müssen weitergehende nationale Forderungen erst erörtert und vorbereitet werden, was nach der Ansicht des Ministerpräsidenten im jetzigen Moment nicht gut möglich ist. In der Frage der Sonderstellung Galiziens werde sich die Regierung ausschließlich vom Standpunkt der Interessen des Staates leiten lassen. Betreffs der Einberufung des Parlaments schließe die Regierung unentwegt auf ihrer programmatischen Erklärung sowie

*auf dem Hauptpunkt der  
namentlich abgeleiteten Forderungen,  
die eine baldige Einberufung  
des Reichsrates in seiner  
Gallien.*